

Innenpolitik und Protestantismus

Neue Zürcher
Ztg.
17. Nov.
40

Seit einigen Jahren dringen die Wellen jener Bewegung, die man als „dialektische Theologie“ bezeichnet, bis in die vom Quellort geistigen Mühsens abgelegenen, undogmatischen Gewässer des praktischen Verhaltens und schaffen eine Unruhe, die, unbeschadet des Urteils über ihren Wert und Zweck, nicht mit Schweigen übergangen werden sollte. Die Repräsentanten und Anhänger der erwähnten theologischen Richtung — „Schule“ wäre im Blick auf die angestrebte strenge Buch- und Herzensdisziplin kein bössartiger Begriff —, die sich unter dem überwältigenden Eindruck des ersten Weltkrieges die Absage an herkömmliche Lehrmeinungen und Gefühlshaltungen zur Pflicht machten, haben sich nicht allein an die theoretische Neubegründung des Protestantismus herangewagt. Zwar genöß die ethische Fragestellung bei jener Gruppe, die sich vom Namen Karl Barths herleitet und in ihm ein mächtiges Zentralindividuum, einen überragenden Lehrmeister zu besitzen glaubt, kein vorzügliches Heimatrecht, und lange schien es, als ob sie ihre bewundernswerten Anstrengungen auf die Durcharbeitung eines reichen historischen Stoffes zur Beweisführung ihrer Theologie richtete. Die „christozentrische“ Theologie, der sie sich nicht ohne Regungen des Stolzes unterwarf, brachte sie in das Reich der Freiheit von irdischen Bindungen, und die Gegenströmung gegen das *corpus christianum*, gegen die konfliktstiftende Durchdringung der Welt mit dem Christentum entledigte sie der unangenehmen Pflicht, sich mit der Unvollkommenheit real auseinanderzusetzen. Man zog sich — so wenigstens durfte man nach allen Anzeichen vermuten — auf die reine Verkündigung zurück und steuerte einem ekklesiastischen Ziel zu, das trotz ihrem anfänglichen Widerstreben gegen geruhende Kirchlichkeit in Sicht kam.

Die biographisch nicht zu bestreitende Verwandtschaft einiger Wortführer und vieler Nachfolger der neuen Gruppe innerhalb des Protestantismus mit der *religiös-sozialen Bewegung* ist nun da und dort wieder durchgebrochen. Der latente Erbfaktor ist manifest geworden. So mißtrauisch diese Theologen auch jede angeblich christliche Parole im öffentlichen Leben beobachteten, so hochempfindlich sie auch auf jede „Säkularisierung“ des Glaubens reagierten, so gering waren die inneren Hemmungen, in der Praxis Forderungen zu unterstützen oder gar selber aufzustellen, die nicht mehr mit dem Pathos der Transzendenz behaftet waren. Es hat sich die alte Erfahrung bestätigt, daß ein Kultur-, ja Weltkritiker, wenn er auf den Boden des kleinen Lebens hinuntersteigt und sich umsieht, den Abglanz der existentiellen Erschütterung bei jenen zu entdecken geneigt ist, die mit der eben herrschenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Ordnung ausgesprochen unzufrieden sind. Er ist sozusagen mit einer *Idiosynkrasie gegen das „Herrschende“* ausgestattet, und sobald er in den Streit eingreift, tönen aus seinem Mund die üblichen Klagen der Opposition.

Nachdem Karl Barth der Eidgenossenschaft vor Jahren empfohlen hat, stellvertretend das Schweiz der Großmächte zu büßen und der von Hitler überwältigten Tschechoslowakei mit unseren schwachen Waffen — die der auch von manchen Pfarrern unterstützte Antimilitarismus jahrelang mit dem Anathema belegt hatte — beizustehen, rät man nun aus jener Ecke, in der allerlei Gesinnungsverwandte ihr Heim gefunden haben, sich nicht auf die Verteidigung der „bürgerlich-kapitalistischen“ Welt zu versteifen, sondern sich zum Verständnis für „östlichen Gemeinschaftsdrang“ aufzuraffen. Diese Tendenz, die auch in Deutschland Widerhall findet, schlägt sich im innenpolitischen Postulat nieder, daß die festverwurzelte *Antithese zwischen Sozialdemokratie und Bürgertum* zu den Götzen der Vergangenheit geworfen werden soll. Eine Art theologisch sanktionierter „Volksfront“ der „Fortschrittlichen“, die auf der einen Seite mit den Katholiken in Fehde und auf der anderen Seite mit den Kommunisten in offener Diskussion liegt, soll den neuen innenpolitischen Kanon abgeben.

Als wir vor einiger Zeit dieses Ansinnen anlässlich der Besprechung von P. Schmid-Ammanns Büchlein über den „Politischen Katholizismus“ zurückwiesen, verfielen einige Sanguiniker in Un-

mut. Sie beschuldigten den Kritiker einer halb verblendeten, halb unprotestantischen Haltung. Wir sind leider genötigt, unsere Vorbehalte zu wiederholen und uns kräftig dagegen zu wehren, daß man die eingewurzelte protestantische Abneigung gegen alle Rekatholisierungsgelüste als Brechwerkzeug der Innenpolitik benütze. Die *Ablehnung* eines die weltliche Herrschaft anstrebenden *politischen Katholizismus* hat denn doch andere, tiefere und dauerhaftere Wurzeln als das frische Schoß einer neu zu bildenden Parteienkonstellation. Die Erneuerung der Kritik ist um so mehr geboten, als Paul Schmid-Ammann in einem Vortrag, den er am Reformationssonntag in einer stadtzürcherischen Kirchengemeinde (nicht im Kreis 4) hielt, mit keinem Wort auf die Hindernisse einging, die dem Lauf des Pferdes, das er gegenwärtig reitet, entgegengestellt wurden. Aus den mündlichen Äußerungen las man noch deutlicher als aus seinem Büchlein die Hauptabsicht heraus, nämlich seinem unverhohlenen Aerger über die solide *bürgerliche Zusammenarbeit* im Bund Luft zu machen. Er bewältigt diese Aufgabe mit nicht zu übertreffender Simplizität, indem er herausgefunden hat, daß überall in der Welt zwei Prinzipien im Streit liegen, Autorität und Freiheit, Reaktion und Fortschritt, absolute Monarchie der Kirche und allgemeines Priestertum, Kapitalismus und „soziale Demokratie“ — schwarz und weiß. Die positive Arbeit des Protestantismus, zu der er richtigerweise die negative Bestreitung des Katholizismus weiter treiben will, tut sich nach seinen Andeutungen im Kampf gegen die „Allianzpolitik des Rechtsfreisinn“ kund. Das kapitalistische Wirtschaftssystem, meinte er, habe die sittliche Grundordnung der Menschheit weitgehend zerstört und sei verantwortlich für die Nacht- und Sonntagsarbeit von Tausenden. Die Bauern seien vielfach Zinsknechte. Die Erklärung des Schweizerischen Kirchenbundes zur Eröffnung der Pariser Friedenskonferenz war nach ihm „kläglich“ und eine „Verneinung der Christusbotschaft“. Schmid vertritt die bekanntlich unrichtige Akkumulationstheorie von Karl Marx. Kirche und Theologie sollen nicht die oberen Zehntausend ruhig schlafen lassen und von einer „Zähmung“ des Kapitalismus träumen, derweil „das Volk“ um eine neue Wirtschaftsordnung kämpfe. (Der Aufbau der Kirche von unten her behagt ihm dann allerdings dort nicht, wo jene Pfarrer weggewählt werden, die „von der heiligen Unruhe der Sache Christi erfaßt sind“.)

Sozialismus wird dadurch, daß er in einem Kirchengemeindehaus vorgetragen wird, nicht von selbst Protestantismus. Es bleibt den einzelnen Gläubigen unbenommen, nach einer eigenen politischen Einstellung zu suchen, aber so wenig wir eine Identifizierung der Kirche mit dem Kapitalismus gutheißen, so wenig können wir uns mit einem Volksfronttotalitarismus befreunden. Die bürgerliche Zusammenarbeit im Bund, die von den drei starken Pfeilern des Freisinn, der Bauern und der Konservativen gebildet wird, ist, um einmal den *advocatus diaboli* zu spielen, nicht zuletzt deshalb nötig geworden, weil die unentwegten Horcher am wahren „Herzen des Volkes“ den *Proporz* als demokratischen Reinheitsausweis abverlangt haben. Unter den gegebenen Umständen ist eine andere Mehrheitssituation als diejenige einer Zusammenarbeit der Parteien in der Eidgenossenschaft ausgeschlossen, und wenn wir uns überlegen, welche Rolle die Sozialisten nach dem Ende des ersten Weltkrieges zu spielen beliebten — Antimilitarismus, Revolutionsziel, Demokratiefeindschaft —, wäre eine Verbindung des Freisinn nach links geradezu der Selbstmord der Eidgenossenschaft gewesen.

Die Frage nach einer neuen Parteienkonstellation, unter Berücksichtigung der Wandlungen des Sozialismus, mag sicher der Erwägung wert sein, aber die wertvollen Dienste, die die drei bürgerlichen Parteien in den schweren Zeiten seit 1920 dem Land geleistet haben, müssen jeden realistischen Politiker überzeugen, daß man ein erreichtes Gut nicht um eines versprochenen Schatzes willen preisgibt. Die Politik der Zusammenarbeit, die bekanntlich die Gegensätzlichkeit von Freisinnigen und Konservativen in einigen wichtigen Kantonen nicht so autoritär weggefegt hat, wie ein straffes sozialistisches Regime mit den inneren Disputen aufzuräumen pflegt, hat in mancher Hinsicht zu einer *Entspannung* und Verständniswilligkeit beigetragen, die wir wiederum

im höheren Interesse des ganzen Landes nicht hätten missen mögen. Und ist nicht eine Zusammenarbeit, die die Treue zum eigenen Standpunkt, zur eigenen geistigen Einstellung einschließt, höher zu schätzen als das Relegationsverfahren, in dem die Linke und ihre Gehilfen Meister sind? Nie hat man auf bürgerlicher Seite behauptet, daß die bewährte Zusammenarbeit der Nichtsozialisten das Land von allen Sorgen, von Krise, Not und Krieg befreie. Die hingebungsvolle Pflege solcher Illusionen hat man stets denen überlassen, die ihre Geisteskräfte bei der Aufstellung der Passivbilanz, der kleinen und mittleren Fehler der bürgerlichen Regierung und Parteien, wachsen sahen und den Schatten der aufbauenden Leistungen, die die positive bürgerliche Politik über ihren Aktionsplan wirft, rasch von den Augen zu wischen trachten.

Wir empfinden nur geringe Lust, uns von innenpolitischen Propheten, die den Protestantismus zu einem antifreisinnigen Rammbock ausbauen wollen, von der Marschroute abbringen zu lassen, die zwar durch die steinige Topographie der Unvollkommenheit führt, sich aber praktisch als vorteilhaft und gangbar erwiesen hat. Den Antikapitalismus zum Schibboleth des Protestantismus zu erklären, ohne sich in die Probleme des Wirtschaftslebens zu vertiefen und von der unheilvollen Vereinfachungsmanie der Unerfahrenen zu trennen, wäre eine der *unreifsten Früchte* am Baume jener theologisch-kirchlichen Richtung, die die Anforderungen des Studiums des diesseitigen Lebens ursprünglich so kraß unterschätzte.